



Jarosław Kaczyński,
der Parteiführer
der National-
konservativen

Könnte schiefgehen

Polens neue Mehrheit zieht ihr Ding durch. Nur – wie sieht dieses aus? VON PIOTR BURAS

Es war ein denkwürdiger Moment im polnischen Sejm, am Mittwoch vergangener Woche, als der Abgeordnete Kornel Morawiecki kurz vor Mitternacht an das Rednerpult trat. Ein paar Stunden davor hatte die neue nationalkonservative Regierungsmehrheit völlig unerwartet ihre Absicht bekannt gemacht, die in der vergangenen Legislaturperiode getroffene Wahl von fünf Verfassungsrichtern für nichtig zu erklären. Stattdessen sollte nun die jetzige Mehrheit die Hüter der Verfassung bestimmen. Die Opposition tobte, warf der erst seit zwei Wochen im Amt befindlichen Regierung vor, die Gewaltenteilung auszuhebeln, und sprach sogar von einem Staatsstreich (sie ließ freilich unerwähnt, dass auch sie es mit der Unabhängigkeit der Richter nicht immer ganz genau nahm). Da meldete sich Morawiecki zu Wort, einst eine Legende der antikommunistischen Opposition. »Über dem Recht steht das Wohl des Volkes«, sagte der Älteste unter den Volksvertre-

tern. Woraufhin sich die Abgeordneten der Regierungsmehrheit von den Plätzen erhoben, um dem Redner minutenlangen Beifall zu spenden.

Dieser Vorgang charakterisiert die illiberale Versuchung Polens seit der jüngsten Parlamentswahl und dem Erfolg der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit von Jarosław Kaczyński. Der Verfassungsgerichtshof soll zukünftig die Macht nicht stören, die öffentlichen Medien sollen Regierungsrichtlinien folgen, die Opposition wiederum wird im Parlament behindert, indem man ihr etwa die Leitung wichtiger Ausschüsse verwehrt. Dass der Präsident einen Parteikollegen, der wegen Machtmissbrauchs vorverurteilt wurde und nun Sicherheitsdienstchef werden soll, begnadigt und das Gericht rechtswidrig daran hindert, die Verhandlung bis zum Ende zu führen, passt ebenfalls in dieses Muster.

Der amerikanische Politikwissenschaftler Fareed Zakaria schrieb 1997, dass »gewählte Regierungen, die den Anspruch erhoben, den Volkswillen zu repräsentieren, die Macht und die Rechte

anderer Elemente der Gesellschaft in der letzten Dekade ständig begrenzt haben«. Während Zakaria damit den Aufstieg der »illiberalen Demokratien« in Lateinamerika und Asien beschrieb, ist diese Denkweise – die Überzeugung, dass sich eine demokratisch gewählte Mehrheit im Namen des Volkes über geltendes Recht hinwegsetzen dürfe – mittlerweile auch in Europa nicht mehr fremd. Namentlich Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hat den Aufbau einer illiberalen Demokratie zum Programm erklärt. Wollen die Polen etwa den gleichen Weg gehen?

Ein Triumph des Antiliberalismus in Polen wäre keineswegs Ausdruck des Volkswillens, auf den sich die Nationalkonservativen heute berufen. Er wäre vielmehr ein Ergebnis des Versagens der liberalen Elite, die es in den vergangenen acht Jahren unterlassen hat, die polnische Gesellschaft zu umwerben und zu gewinnen. Nicht ein Rechtsruck der Gesellschaft, sondern die massive Demobilisierung der politischen Mitte, ihre Abwendung von der Politik, die zwei Wahlperioden lang mehr mit Verwaltung als mit Gestaltung beschäftigt war, ebnete den Weg zum Wahlerfolg der Kaczyński-Partei im Oktober.

In den vergangenen Jahren sind die Einstellungen der Polen zu fundamentalen Verfassungsfragen, zu Europa oder politischen Grundwerten so gut wie konstant geblieben. Von einer Wende zum Konservatismus, Autoritarismus oder Nationalismus, so sagt es beispielsweise der Sozialforscher Radosław Markowski, könne keine Rede sein. Selbst wenn ein Teil der Wähler der Partei Recht und Gerechtigkeit zu solchen Ansichten neigt, handelt es sich dabei um knapp 20 Prozent der Gesellschaft (oder um 25 Prozent, wenn man die Wähler kleinerer nationalistischer Parteien hinzuzählt). Aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung (52 Prozent) verfügen die Nationalkonservativen zwar über eine absolute Mehrheit im Sejm, aber eine Legitimation, die politische Ordnung auf den Kopf zu stellen, haben sie damit keineswegs.

Ihr Wahlerfolg speiste sich insbesondere aus dem Eindruck vieler Polen, dass in den 25 Jahren der Transformation nach 1989 Ungerechtigkeiten entstanden sind, die von der liberalen Elite und dem Staat, den sie führte, nicht anerkannt und schon gar nicht bekämpft wurden. Die durchaus

robuste Wirtschaft, deren Erfolg sich vor allem in den vergangenen acht Jahren in den Wachstumsraten (kumuliert 24 Prozent) niederschlug, ging nicht mit dem Aufbau effizienter staatlicher Institutionen einher, die den Bürgern Sicherheit bieten würden. Ungewissheiten und prekäre Verhältnisse im Gesundheitswesen, im Rentensystem oder auf dem Arbeitsmarkt unterminierten sowohl das Vertrauen in den Staat als auch den Stolz auf die Überwindung des Sozialismus. Die Transformation hinterließ einen schwachen Staat und eine atomisierte Gesellschaft. Partizipation und Zivilgesellschaft sind unterentwickelt.

Jarosław Kaczyński hat die Enttäuschung darüber perfekt aufgegriffen und neue Erwartungen geweckt, nicht nur mit sozialen Versprechen (mehr Kindergeld, Senkung des Renteneintrittsalters), sondern auch mit der plakativen Parole eines »Wiederaufbaus« des Landes. Die Liberalen, deren Ansehen zudem noch aufgrund von Abhörskandalen immensen Schaden erlitt, hatten dieser Propaganda außer ihrem sterilen Mantra der Erfolgsgeschichte Polens nichts entgegenzusetzen.

Dieser Tage wird der Verfassungsgerichtshof in eigener Sache Urteile über die Verfassungskonformität der Ernennung seiner Richter fällen – die Verfassungskrise wird sich also wahrscheinlich weiter zuspitzen, falls die Regierungsmehrheit seiner Entscheidung nicht folgt. Dahinter aber lauert eine größere Frage: Ist dies ein Machtkampf nur um der Macht willen – oder kommt da noch mehr? Was für Vorhaben will die neue Regierung auf den Weg bringen? Womöglich solche, die verfassungsrechtlich dermaßen bedenklich sind, dass sie einen folgsamen Gerichtshof voraussetzen? Verfolgt die neue Regierung etwa nachhaltig einen illiberalen Kurs à la Viktor Orbán?

Polen ist nicht Ungarn. Die verfassungsmäßigen Institutionen (neben dem Verfassungsgerichtshof zum Beispiel der Ombudsmann oder das Gerichtswesen) sind fest verankert und ließen sich nicht über Nacht aus der Welt schaffen. Die liberale Mitte mag frustriert sein, sie ist aber nach wie vor stark. Polens rechtsextremistische Opposition wiederum ist zwar nicht weniger widerlich als die ungarische, verfügt aber über deutlich weniger Rückhalt in der Gesellschaft. Vor hastigen Schluss-

folgerungen über das Ende der polnischen Demokratie sollte man sich also hüten, letztlich auch deshalb, um nicht dann sprachlos dazustehen, wenn ein lauter Schrei nottäte.

Gut möglich auch, dass sich Kaczyński selbst im Wege stehen wird. Robert Krasowski, ein angesehenen politischer Kommentator, wies unlängst darauf hin, dass »Kaczyńskis Radikalismus immer verbal war. Er zeichnete sich durch einen gesellschaftlichen, nicht aber einen staatlichen Vandalismus aus. Er setzte die Gemüter in Brand, nicht aber die Realität.« Dass die politische Atmosphäre in Polen derzeit vergiftet und polarisiert ist, wäre tatsächlich ohne Kaczyński nicht zu denken. In seiner Zeit an der Macht (2005 bis 2007) hat er es gleichwohl nicht geschafft, Polen umzupflügen. Was als moralische Revolution begann, endete als Farce – mit begrenzten Kollateralschäden.

Wie es diesmal ausgeht, hat nicht zuletzt für Europa und Deutschland fundamentale Bedeutung. Auch wenn die ersten innenpolitischen Schritte der neuen Warschauer Mannschaft Sorgen bereiten, außenpolitischen Pragmatismus kann man nicht ausschließen. Entscheidend wird sein, ob sich die Regierung an die von Polen bereits eingegangenen Verpflichtungen – ob in der Flüchtlings- oder Klimapolitik – halten wird. Schroffe Reaktionen und markige Sprüche mögen in der Zukunft nicht ausbleiben, wenn es in Brüssel hart auf hart kommt. Sie sind jedoch erfahrungsgemäß für das nationale Publikum bestimmt und hallen umso lauter, je größer die Kompromisse sind, die Polens Vertreter letztlich eingehen müssen.

Ob der Pragmatismus gewinnt, liegt vor allem an Warschau. Zum Teil aber auch an Berlin oder Brüssel. Es wäre im Interesse aller Europäer. Ein Polen, das in die Peripherie – mental und politisch – abglitt, würde das Gespenst einer neuen Teilung Europas in Ost und West wiederbeleben.

Das aber wäre das Letzte, was die EU heute brauchen könnte.

Der Autor leitet das Warschauer Büro des European Council on Foreign Relations, eines europäischen Thinktanks, der sich für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union einsetzt

ANZEIGE



Bundesministerium
für Gesundheit

Hermann Gröhe Bundesgesundheitsminister

Das ändert sich 2016:

→ Über 500 Mio. Euro für Gesundheitsförderung

→ Besserer Impfschutz

Das Wichtigste zum Jahreswechsel
beim Bürgertelefon: 030 / 340 60 66 01
oder unter www.das-aendert-sich-2016.de

Mein Keyboard, mein Kampfplatz

Deutsche Hacker spähen den IS aus, warnen vor Anschlägen und suchen den Kontakt zu Geheimdiensten VON JOCHEN BITTNER

Die zivilen Widerständler gegen den »Islamischen Staat« (IS) wissen, dass sie gefährlich leben. »Wir erhalten praktisch alle nahezu täglich Morddrohungen«, schreibt einer ihrer deutschen Mitstreiter, ein Mann, der nur online zu erreichen ist und sich Ghostmaster nennt. Über sich selbst schreibt er in seiner E-Mail nur so viel: Er kenne sich in der Informationstechnologie ganz gut aus. Das darf man getrost für sämtliche Aktivisten der Ghost Security Group (GSG) annehmen.

Die Gruppe, ein internationales Kollektiv, hat dem IS im Internet den Kampf angesagt – und den Geheimdiensten ihre Kooperation. Die GSG ist die neueste irreguläre Antwort auf einen irregulären Krieg: eine Freischar von Hackern gegen die Kolonnen des Dschihad. Wenn schon nicht Länder, dann wollen sie wenigstens das Netz von der Plage IS befreien. Neben Rekrutierungs-Webseiten

stöbern sie Twitter- und Facebook-Nutzer auf, die, wie Ghostmaster schreibt, »klar an terroristischen Aktivitäten beteiligt sind bzw. diese befürworten oder aktiv fördern«. Solche Konten würden gelöscht oder infiltriert, um genauere Einblicke zu gewinnen: in Freundeslisten, in Kommunikation, Netzwerke und Wohnorte von IS-Unterstützern.

Anders als die Hacker-Gruppe Anonymous belässt es die GSG nicht bei Sabotage. Sie leitet ihre Ausspäh-Resultate an Sicherheitsbehörden weiter. Bisher haben die freiwilligen Netzagenten laut Eigenauskunft lediglich Kontakt zu amerikanischen Diensten, und zwar vor allem über den Mittelsmann Michael Smith, Chef der in CIA- und FBI-Kreisen gut vernetzten Beratungs-firma Kronos. Informationen, die Smith an US-Dienste weitergeleitet habe, seien von »beträchtlichem Wert« für die Terrorabwehr gewesen, sagte der Ex-CIA-Chef David Petraeus dem Magazin *Foreign Policy*.

Würden die Online-Geister auch deutschen Diensten zuliefern? Oder stammen die Hacktivistinnen zum Teil gar aus den Reihen des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Verfassungsschutzes oder der Kriminalämter?

»Lassen Sie mich bitte diese Frage mit einer Gegenfrage beantworten«, mailt Ghostmaster. »Wenn das so wäre, würde es die Sache weniger wertvoll machen? Das Ergebnis zählt am Ende.« Die Mitglieder der GSG hielten ihre Identitäten auch untereinander geheim. Er wisse also nicht, wer genau mitarbeite. Im Übrigen rate er jedem Ungeschulten von Nachahmungsversuchen ab. Wer IS-Aktivitäten im Netz melden wolle, könne dies über die Webseite der GSG tun.

Einen Ansprechpartner bei den deutschen Diensten gebe es »leider« nicht, sagt Ghostmaster, dessen Sprachstil an den eines Bundeswehrosoldaten erinnert und der auf Twitter (@intel_ghost) keinen Hehl aus seiner Verachtung für Multikulti-

Romantik macht. »Die USA sind uns in diesem Punkt deutlich voraus.« Dabei, fügt der Hacktivist hinzu, sei derzeit zu beobachten, dass Deutschland infolge der »aktiveren Beteiligung im Kampf gegen den IS (Aufklärungsflüge und Seeunterstützung) massiv in den Fokus der Islamisten« rücke. »Man kann sagen, dass die Wahrscheinlichkeit eines islamistischen Anschlags deutlich angestiegen ist. Diese Tendenz war bereits in den letzten Video-botschaften klar erkennbar. In den Netzwerken wurden nach Paris besonders Schweden, England, Deutschland und Italien als nächste Ziele immer wieder benannt.« Er und seine Mitstreiter verbrachten täglich viele Stunden damit, all solche Meldungen zu verfolgen und zu analysieren.

Können es sich die deutschen Dienste überhaupt erlauben, derartiges Wissen nicht abzuschöpfen?

Zu »operativen Aspekten seiner Arbeit« äußere sich der BND gegenüber der Presse nicht, heißt es

vom deutschen Auslandsnachrichtendienst auf die Frage, ob er Informationen der GSG annehmen würde. Verboten wäre es ihm nicht. Der BND darf zwar keine deutschen Staatsbürger spitzeln, sie als Zuträger nutzen hingegen schon.

Und wie steht es mit dem Informationsfluss in die umgekehrte Richtung? Kann der BND ausschließlich durch IT-Experten aus seinen Reihen zur Ghost Security Group gehören und in ihrer Freizeit ein bisschen antischihadistische Selbstjustiz im Internet üben?

Darauf geben die Auslandsaufklärer eine eindeutig uneindeutige Behördenantwort. »Dienstspezifisch erworbenes Wissen und dienstspezifisch erworbene Fertigkeiten« dürften »nicht ohne Genehmigung in den Dienst Dritter gestellt« werden. »Die Beurteilung solcher Sachverhalte ist nicht dem einzelnen Mitarbeiter anheim gestellt sondern bedarf der dienstlichen Betrachtung.« Übersetzt heißt das so viel wie: Kann schon sein.